

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

185 (10.8.1934)

# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3450 VII.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hiltnerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die 6spaltige Millimeterzeile (48 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften u. Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 185

Freitag, den 10. August 1934

106. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

Am kommenden Freitag, 17. August, spricht der Führer über alle Reichsjender zum deutschen Volk.

Ein großzügiger Gnaderlass des Führers sieht Straffreiheit für bestimmte politische Verfehlungen und allgemeine Vergehen vor.

Im Juli ist die Zahl der Arbeitslosen abermals zurückgegangen und zwar um 54 000 auf 2 246 000.

Die Nationalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche ist zu einer Tagung zusammengetreten, deren Entschlüsse von entscheidender Bedeutung für die Befriedung der Kirche sein werden.

Nach der zweiten Erntevorschätzung wird die Getreideernte die Juli-Vorschätzung übertreffen.

Der Rechtsbruch der Saarregierung hat in der Bevölkerung des Saargebiets einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen.

Die Deutsche evangelische Nationalsynode hat auf ihrer Tagung am Donnerstag wichtige Kirchengesetze beschlossen.

Der Führer und Reichskanzler hat den Reichsjustizminister und bayerischen Staatsminister der Justiz, Dr. Frank, zu dem Ehrenamt des Präsidenten der Akademie für deutsches Recht berufen.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat den Leiter der Hauptabteilung IV des Reichsnährstandes, Petter, zum Vorsitzenden der Hauptvereinigung der deutschen Getreidewirtschaft berufen.

Nach langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, eine Verständigung in dem Gesamtkomplex der danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen.

Die italienische Presse hält es weiter für notwendig, deutschfeindliche Meldungen aus Paris und Wien in möglichst großer Zahl und Umfang wiederzugeben.

Erzherzog Otto von Habsburg hat seinen Aufenthalt in Kopenhagen auf unbestimmte Zeit verlängert.

Bundeskanzler Schulzinnig hat sich am Donnerstag nach Siegedin begeben. Am Freitag wird er dem Ministerpräsidenten Gömbös in Budapest einen Besuch abstatten.

Präsident Roosevelt hat am Donnerstag eine Verordnung über die Verstaatlichung der Silbervorräte in den Vereinigten Staaten bekannt gegeben.

Wie amtlich bekanntgegeben wird, ist der Plan der Fleischbereitstellung für die zweite Hälfte des Jahres 1934 nur zu 12,9 v. H. erfüllt worden.

## Der Arbeitsmarkt

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit  
Im Juli um 54 000!

Berlin, 9. Aug. Am 31. Juli 1934 wurden nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bei den Arbeitsämtern im Reich 2 246 000 Arbeitslose gezählt und zwar 1 993 000 Männer und 433 000 Frauen. Damit ist die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vormonat erneut um rund 54 000 zurückgegangen.

Do 70 000 Notstandsarbeiter zur Entlassung gekommen sind, weil eine weitere Einschränkung oder vorübergehende Einstellung der Notstandsarbeiten zur Sicherung des Rüstungsbedarfs für die Entsendung geboten erschien, ist die Abnahme in dieser Größenordnung besonders bedeutsam.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Großstädten und Industrieregionen hat mehrere erfreuliche Erfolge gezeigt. Von den Unterstützungsanstalten ist insbesondere die öffentliche Fürsorge weiter erlöst. Nach einem Rückgang um 35 000 im Juli wurden am 31. Juli 1934 rund 762 000 anerkannte Wohlfahrts-erwerbslose in der öffentlichen Fürsorge gezählt. Von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurden demgegenüber rund 1 090 000 Unterstützungsempfänger am gleichen Stichtag betreut. Die Zahl der Notstandsarbeiter betrug Ende Juli 318 000.

## Neues Amnestie-Gesetz

Für allgemeine Vergehen und bestimmte politische Verfehlungen — Befreiung der Schutzhaft

Berlin, 9. Aug. Aus Anlaß der Vereinerung des Amtes des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers und des damit vollzogenen Übergangs der bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat die Reichsregierung ein Straffreiheitsgesetz beschlossen, das im Reichsgesetzblatt veröffentlicht ist.

Das Gesetz enthält eine allgemeine Amnestie und eine Amnestie für bestimmte Gruppen politischer Verfehlungen.

Durch die allgemeine Amnestie werden ohne Rücksicht auf die Art der Straftat alle Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten und Geldstrafen bis zu 1000 RM. erlassen, wenn der Verurteilte bei der Begehung der Tat unbestraft oder nur unerblich vorbestraft war. Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten und Geldstrafen bis zu 500 RM. werden auch Vorbestrafte erlassen. Unter denselben Voraussetzungen, unter denen der Straferlass eintritt, werden auch anhängige Verfahren niedergelegt, wenn die Tat vor dem 2. August 1934 begangen ist, dem Tage des Ablebens des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Übergangs seiner Befugnisse auf den Führer.

Die politischen Straftaten, für die Straffreiheit in Gestalt von Straferlass und Niederschlagung gewährt werden, sind: Verleumdungen des Führers und Reichskanzlers, solche durch Wort oder Schrift begangene Verleumdungen gegen das Wohl oder das Ansehen des Reiches, die nicht aus volks- oder staatsfeindlicher Gesinnung entsprungen sind, Straftaten, zu denen sich

der Täter durch Uebereifer im Kampf für den nationalsozialistischen Gedanken hat hinreißend lassen, sonstige Beleidigungen und Körperverletzungen im politischen Meinungsstreit.

Auch hier ist als Stichtag für die Niederschlagung bestimmt, daß die Tat vor dem 2. August 1934 begangen sein muß.

Ausgenommen von der Amnestierung politischer Verfehlungen sind Hochverrat, Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, Verbrechen gegen das Leben, Sprengstoffverbrechen, wenn ein Mensch getötet oder verletzt worden ist und schließlich alle Handlungen, bei denen die Art der Ausführung oder die Beweggründe eine gemeine Gesinnung des Täters erkennen lassen.

Eine Ausführungsanweisung des Reichsministers für Justiz, die Vorschriften für die Strafanstalten, die Strafvollstreckungs- und Strafverfolgungsbehörden enthält, wird in der „Deutschen Justiz“ veröffentlicht.

Im Zusammenhang mit der Verkündung des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 7. August 1934 hat der Führer und Reichskanzler durch Erlass an die Landesregierungen verfügt, daß auch sämtliche Fälle von Schutzhaft einer beschleunigten Nachprüfung unterzogen werden und die Entlassung aus der Schutzhaft erfolgen solle, wenn nach der Dauer der Haft und der Art des Häftlings erwartet werden kann, daß dieser sich dem nationalsozialistischen Staat und seinen Organen gegenüber künftig nicht mehr feindselig verhalten wird. Dabei hat der Führer und Reichskanzler ausdrücklich betont, daß auch diejenigen Fälle, in denen die Schutzhaft im Zusammenhang mit der Aktion vom 30. Juni 1934 verhängt worden ist, wohlwollend nachzusehen sind.

## Abschluß der Danzig-polnischen Wirtschafts-verhandlungen

Danzig, 9. August. Nachdem bereits vor Jahresfrist durch das Danzig-polnische Hafenabkommen der Anfang zu einer Vereinerung der zwischen den beiden Staaten vorhandenen Gegensätze gemacht worden ist, ist es nunmehr nach langwierigen Vorverhandlungen gelungen, eine Verständigung über den Gesamtkomplex der Danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen.

Durch eine Reihe von Abkommen wird der Zoll- und Wirtschaftskampf zwischen Danzig und Polen beseitigt und endlich ein freier Wirtschaftsverkehr zwischen den beiden durch eine Zollunion wirtschaftlich miteinander verknüpften Staaten ermöglicht. Ueber die Unterzeichnung dieser Verträge gibt die Danziger und die polnische Regierung folgendes gemeinsame Communiqué heraus:

Am 6. August wurde in Danzig eine Reihe von Abkommen zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und der polnischen Regierung unterzeichnet, und zwar:

1. das Abkommen über die Regelung verschiedener Zollangelegenheiten;
2. das Abkommen über die Beteiligung Danzigs an dem polnischen Einfuhrkontingent;
3. das Abkommen über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen;
4. das Veterinärabkommen;
5. das Fleisch- und Fisch-Abkommen;
6. das Uebereinkommen über den Absatz polnischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Zusammenhang mit der Danziger Marktregulierung nebst den dazu gehörigen Ausführungsprotokollen und -bestimmungen.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Abkommen den freien Warenverkehr zwischen Danzig und polnischem Gebiet wiederherstellen. Durch die Anlehnung Danzigs an das Kontingent Polens ist der Fortfall der bisher vorgenommenen Wirtschaftskontrolle erreicht. Bei dem Abschluß des Abkommens über die Zollangelegenheiten ist der Wunsch maßgebend gewesen, durch die Regelung einer Reihe von schwebenden Fragen die Atmosphäre des Vertrauens zu fördern.

Der Abschluß dieser Verträge wird trotz gewisser Zugeständnisse Danzigs auf dem Gebiete der Danziger Einfuhrkontingente und der Danziger Zollverwaltung in Danzig mit großer Befriedigung begrüßt werden. Es ist ohne Preisgabe Danziger Hoheitsrechte und unter Wahrung der selbständigen Organisation der Danziger Zollverwaltung gelungen, eine Regelung zu finden, die wirtschaftlich eine Belebung der Danziger Wirtschaft im freien Verkehr mit dem polnischen Abgabengebiet erwarten läßt und die politisch den Schlüssel des friedlichen Ausgleiches zwischen Danzig und Polen bedeuten.

Von wesentlicher Bedeutung ist das Abkommen über die Zollverwaltung und das Abkommen über die Beteiligung Danzigs an den polnischen Kontingenten. In der Frage der Zollverwaltung bestanden ursprünglich außerordentlich weitgehende Forderungen Polens in personeller wie sachlicher Hinsicht, die auf völlige Eingliederung der Danziger Zollverwaltung in die

polnische Zollverwaltung hinausliefen und daher für Danzig unannehmbar waren. Unter beiderseitigem Entgegenkommen ist nunmehr eine Vereinbarung getroffen worden, die für beide Teile befriedigend ist.

In der Frage der Einfuhrkontingente hat Danzig für die Dauer des Abkommens — sämtliche Abkommen sind zunächst auf zwei Jahre abgeschlossen — auf die ihm vertragsmäßig zustehende Eigenbedarfskontingente verzichtet. Dafür wird Polen Danzig prozentual genau festgelegte Anteile an den gesamten polnischen Einfuhrkontingenten zubilligen. Außerdem ist vorgesehen, daß Danzig für Waren, deren Einfuhr in Polen verboten ist, bestimmte Sonderkontingente erhält.

Das Abkommen tritt bereits am 1. September in Kraft. Mit diesem Tage fallen sämtliche Beschränkungen, die an der polnischen Grenze den Danzig-polnischen Wirtschaftsverkehr bisher behindert hatten, vor allem durch die von den polnischen Zollkontrolleuren ausgeübte Wirtschaftskontrolle, die eine Ausfuhr Danziger Waren nach Polen bisher nahezu völlig unterband, fort.

Der diplomatische Vertreter Polens in Danzig hat am 5. August ausdrücklich eine dahingehende Erklärung abgegeben, die in dem gemeinsamen Communiqué nochmals genannt wird. Das Abkommen über die Danziger Marktregulierung läßt darauf hinaus, daß Polen sich mit den Danziger Maßnahmen zum Schutze landwirtschaftlicher Erzeugnisse einverstanden erklärt, während Danzig sich zur Abnahme bestimmter polnischer Lebensmittelkontingente verpflichtet.

## Unfinnige Gerüchte über Dr. Ley

Berlin, 9. Aug. Das Presse- und Propagandaamt der Deutschen Arbeitsfront teilt mit: Ueber den Stabsleiter der D. A. F. und Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, sind seit einiger Zeit die unfinnigsten Gerüchte im Umlauf, die zum Teil von ausländischen Lügenblättern, zum Teil von deutschfeindlichen Ländern stammen. Da die Öffentlichkeit über die ständige Arbeit von Dr. Ley durch seinen Propagandaaufzug für die Deutsche Arbeitsfront unterrichtet ist, erübrigte es sich bisher, dagegen Stellung zu nehmen. Während der letzten Tage haben diese Gerüchte an einzelnen Stellen des Reiches ein Ausmaß angenommen, daß es schon in Anbetracht der Volksbeiratsung am 19. August nötig wurde, eine so weitgehende Zerschlagung der öffentlichen Meinung zu unterbinden. Es mußte eine Reihe von Personen, die böswillig oder leichtfertig solche Gerüchte weiterverbreitet haben, festgenommen werden.

Dr. Ley sprach am 14. August in Stralund, am 15. August, abends 20.30 Uhr in Chemnitz über den Reichsjender Leipzig und am 16. August in Gelsenkirchen zur Volksabstimmung.

